

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

25.09.2023

Inhalt

EWN

1 Kontroverse Debatte um LNG-Terminal Mukran <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 25.09.2023</i>	3
2 Neue Studie: Rügener LNG-Terminal ist überflüssig <i>Ostsee-Zeitung - Greifswalder Zeitung, 23.09.2023</i>	4
3 Klima-Aktivisten besetzen Rohre und blockieren Straßen <i>Ostsee-Zeitung - Rügener Zeitung, 25.09.2023</i>	5
4 Atomkraftwerk Krümmel: Was kommt nach dem Abriss? <i>abendblatt.de (Hamburger Abendblatt), 25.09.2023</i>	7

 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 25.09.2023 | S. 6

 Auflage: 25.373 | Reichweite: 79.409

 Juliane Lange

LESERDEBATTE

Kontroverse Debatte um LNG-Terminal Mukran

Die Empörung unter Lesern ist groß - nicht nur wegen der Umwelt

Der Naturschutzbund (Nabu) ist im Streit um das Rüggener Terminal für Flüssigerdgas (LNG) mit dem Ziel eines Baustopps vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig gescheitert. Das Gericht bestätigte am Mittwoch eine entsprechende Entscheidung. Einen ähnlichen Antrag der Deutschen Umwelthilfe (DUH) hatte das Gericht zuvor ebenfalls abgelehnt.

Die Begründung des Gerichts ähnelt sich in beiden Fällen: Es hatte mitgeteilt, die beklagte Genehmigung gehe mit Blick auf die kommenden Heizperioden zu Recht davon aus, dass die Gasversorgungskrise anhält. Das Gericht berief sich auch auf die Einschätzung der Bundesnetzagentur, die einen zusätzlichen Bedarf an Einspeisemöglichkeiten für LNG sehe. Der Nabu reagierte enttäuscht. Das sagen OZ-Leser dazu:

Ingo Mueller zeigt sich ob des Protests erstaunt darüber, „wie wichtig bestimmten Leuten auf einmal der Umweltschutz ist“. Enrico Brandt stört sich ebenfalls daran: „Ich frage mich, wo all die Bürger sind, wenn mal wieder ein großer Getreidefrachter mit laufenden Maschinen in Mukran liegt. Und wo sind all diese Bürger und Bürgerinnen von Binz, wenn vor dem Ort ein Kreuzfahrtschiff liegt? Wo ist der Binzer Bürgermeister gewesen beim Bau der Monsterstraße auf der Insel, oder wo ist der Binzer Bürgermeister, wenn immer

mehr Hotelburgen hochgezogen werden?“

Michael Helmecke gibt zu bedenken: Die Terminals in einem Naturschutzgebiet seien und blieben „ein Unding.“ Monika Voß setzt erzürnt hinzu: „Unfassbar, wie mit unserer Umwelt umgegangen wird, und dann reden die davon, dass ‚wir die Welt retten müssen‘.“

Karl-Peter Kreisler erkennt auch Widersprüche: „Die Grünen verhindern in Deutschland Bauten, wenn eine artengeschützte Mücke auftaucht. Hier wollen sie eine ganze Meereslandschaft zerstören.“

Angie Peschel bringt es für sich auf diese Formel: „Tja, geheizt werden muss. Billiges sicheres Gas will ja wohl die Mehrheit nicht. Also lieber teuer und dreckig.“ Jürgen Hosse sieht's genauso: „Alle wollen möglichst billige Energie, aber niemand will die Konsequenzen tragen.“

Andreas Schmidt wundert sich: „Wenn man bedenkt, wie viele Hürden, Auflagen und Kontrollen es für Nord Stream 2 gab, die ja auch von Lubmin ausging - und hier nun wird alles durchgewunken ... Hoffentlich verliert nicht wieder irgendein beteiligtes Schiff Schmierfett und das Projekt muss gestoppt werden, so wie damals bei Nord Stream 2.“

📰 Ostsee-Zeitung - Greifswalder Zeitung | 23.09.2023 | S. 13

📄 Auflage: 9.226 | Reichweite: 32.295

👤 Christopher Hirsch

Neue Studie: Rügener LNG-Terminal ist überflüssig

Während schon gebaut und genehmigt wird, erneuern Gegner des Umschlagplatzes ihre Kritik an dem Projekt. Was kann das vorhandene Netz leisten?

Experten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) kritisieren das geplante Rügener Terminal für Flüssigerdgas (LNG) in einer aktuellen Analyse als überflüssig und klimaschädlich. „Es gibt weder energiewirtschaftliche noch industriepolitische Argumente für die Entwicklung des LNG-Projekts Mukran“, heißt es in der am Freitag im Auftrag der Deutschen Umwelthilfe (DUH) veröffentlichten DIW-Studie.

„Die Bundesregierung sollte den Ausbau der LNG-Infrastruktur stoppen und die verfügbaren Finanzmittel stattdessen für energiewende-kompatible Projekte verwenden“, wurde Mitautor Christian von Hirschhausen in einer Mitteilung der DUH zitiert. Er wurde am Freitag auch bei einer LNG-kritischen Infoveranstaltung auf der Insel Rügen erwartet. Auch Mitautorin Claudia Kemfert hatte sich bereits in der Vergangenheit ablehnend zu dem Projekt geäußert.

Die Autoren schreiben, durch die Stabilisierung der deutschen und europäischen Energiemärkte in diesem Jahr habe sich die Situation im Vergleich zum Vorjahr wesentlich verändert. Es habe im zurückliegenden Winter keine Gasmangellage gegeben und auch für den kommenden Winter sei eine solche nicht absehbar. Es lägen absehbar auch keine Netzengpässe vor. In Deutschland könnten bei Bedarf eigentlich

in Ost-West-Richtung betriebene Leitungen in umgekehrte Richtung genutzt werden.

Das Argument für den Ausbau, Mukran könne perspektivisch als Wasserstoff-Standort dienen, sei rein hypothetisch, da die LNG-Terminalschiffe dafür nicht geeignet seien und Anlagen für Wasserstoff oder seine Derivate erst neu genehmigt werden müssten.

Der Bund argumentiert hingegen unter anderem mit der günstigen Netzanbindung im vorpommerschen Lubmin, wo auch Nord Stream 1 und 2 anlanden und große Kapazitäten zur Weiterverteilung unter anderem in den Osten und in den Süden bereitstehen. Vorhandene Leitungen erlaubten nur bedingt einen Gastransport von West- nach Ostdeutschland. Die Infrastruktur im Norden und Westen des Landes sei ausgelastet. Daher brauche es Einspeisekapazitäten im Osten. Laut Bundeswirtschaftsministerium könnte ein kalter Winter wieder zu steigenden Gaspreisen und schlimmstenfalls einer Mangellage führen. Zudem müssten auch mögliche Störungsfälle miteinkalkuliert werden.

Auch sei Deutschland im Fall von Mangel rechtlich dazu verpflichtet, etwa auch osteuropäische Länder mitzuversorgen, etwa wenn russische Lieferungen aus der Ukraine ausblieben.

 Ostsee-Zeitung - Rügener Zeitung | 25.09.2023 | S. 9

 Auflage: 8.966 | Reichweite: 24.426

 Anne Ziebarth

UMWELT

Klima-Aktivisten besetzen Rohre und blockieren Straßen

700 Teilnehmer protestieren gegen Nutzung fossiler Energien und geplantes LNG-Terminal auf Rügen

Rund 700 Menschen haben am Sonnabendnachmittag mit einem Protestmarsch gegen die Errichtung eines LNG-Terminals im Hafen Mukran und die Nutzung fossiler Energien demonstriert. Es kam zu teilweise langen Staus. Zunächst startete der Aufzug auf dem Rügenplatz in Sassnitz friedlich, im Laufe der Demonstration nach Mukran kam es aber zu mehreren Aktionen der Gruppe „Ende Gelände“. Dabei zerstörten rund 100 Aktivisten einen Zaun zwischen Tannhof und der Südstraße und rannten auf die parallel verlaufende Jasmunder Landstraße in Richtung Hafengelände.

Es kam zu lautstarken Auseinandersetzungen mit der Polizei und Rangeleien. Schließlich drängten die Einsatzkräfte die teilweise verummumten Aktivisten zurück, die Gruppe ging zurück in Richtung Demonstrationszug. Parallel dazu durchbrachen über 100 Aktivisten, darunter auch Menschen im Rollstuhl, eine Polizeisperre an der Südstraße und besetzten auf einem mehrere Hundert Meter entfernten Lagergelände in Richtung Borchtitz einen Stapel von Röhren.

Diese liegen dort, weil sie für das aktuelle LNG-Pipelineprojekt nicht mehr benötigt werden. Gegen 17.30 Uhr wurde die Veranstaltung beendet, der zunächst angedachte Zug nach Lietzow wurde gestrichen. „Es reicht nicht mehr, wenn wir normal auf die Straße gehen,“ hatte Charly Dietz, Sprecherin von „Ende Gelände“, bereits auf einer Pressekonferenz betont. „Das hat keine Wirkung mehr. Wir müssen Maßnahmen ergreifen.“

Neben den zahlenmäßig stark vertretenen „Ende Gelände“-Anhängern waren auch die Rügener Bürgerinitiativen und Verbände bei der Demonstration und verschafften sich Gehör. Sie kämpfen seit einem halben Jahr gegen die Pläne des Bundes, auf bzw. vor Rügen ein LNG-Terminal zu errichten. „Ein Recht für die Natur“, forderte etwa Marlies Preller vom Nabu. Sie befürchtet eine Schädigung des Ökosystems der Insel

und des Boddens.

Der Touristiker Wolfgang Kannengießer (Wählergemeinschaft für Rügen) beklagte mögliche Schäden in der für Rügen wichtigen Tourismusbranche, ein Sprecher von „Ende Gelände“ warnte vor einer Klimakatastrophe und verwies auf die negativen globalen Auswirkungen von Fracking, welches zur Gewinnung von Erdgas genutzt wird.

Demonstrieren gegen LNG? Richtig so, finden Volker und Evelyn Herrmann aus Sassnitz. Sie sind gegen den Terminalbau. „Als ehemaliger Verwaltungsmitarbeiter kann ich über diese Vorgehensweise der Genehmigung nur den Kopf schütteln.“ Auch Paul Benduhn war bei der Demo dabei. „Es gibt viele Gründe gegen ein LNG-Terminal, aber keinen dafür“, erklärte der Landesvorsitzende der Grünen Jugend MV.

Doch es gibt auch Kritik. „Unmöglich“ findet Hartmut aus Sassnitz die Aktion. „Die sind aus ganz Deutschland hierhergekommen, nur um hier Bambule zu machen. Die haben mit Rügen doch gar nichts zu tun.“ Er befürwortet den Bau des Terminals. „Wenn es wirklich kalt wird, ist das Geschrei dann groß.“ Auch viele Autofahrer schüttelten den Kopf über die Blockaden, etwa an der Kreuzung L29/Südstraße.

„Müssen denn die Klimaleute immer gleich so eine Show abziehen“, meinte ein Autofahrer. „Kein Verständnis“, ein anderer. Er hatte gerade ein geplantes Abendessen verschieben müssen. Mit auf dem Rügenplatz war der Sassnitzer Bürgermeister Leon Kräusche, der das Gespräch mit den Demonstranten suchte und sofort in hitzige Diskussionen verstrickt wurde. Er sieht auch Chancen für den Ort durch den Bau des Energieterminals.

Schnell war klar, dass der Zeitplan nicht zu halten war. Eigentlich hatte die Schlusskundgebung in Liet-

zow stattfinden sollen. Gegen 17.30 Uhr war die Besetzung der Röhren beendet, in Absprache mit der Polizei verließen die Aktivisten das Gelände.

„Soweit friedlich“, konstatierte Polizeisprecher Marcel Opitz den Polizeieinsatz. „Relativ. Wenn man von dem Durchbrechen der Polizeisperre und der Besetzung der Rohre und dem Verlassen des Demonstrationszuges absieht. Es stehen Straftatbestände wie Hausfriedensbruch und Sachbeschädigung im Raum.“

Eine junge Frau wurde am Röhrenstapel von den „Ende Gelände“-Sanitätern versorgt und wurde später vom Rettungswagen abgeholt. Wann und wie es zu der Verletzung gekommen war und wie es der Frau mittlerweile geht, wollten die Sanitäter von „Ende Gelände“ nicht sagen. Opitz geht davon aus, dass sich die Frau bei einem Sturz Verletzungen zugezogen hat. Es gebe keinen Zusammenhang mit dem Polizeieinsatz.

Atomkraftwerk Krümmel: Was kommt nach dem Abriss?

Im Rahmen der Tage der Industriekultur konnte das Gelände besichtigt werden. Referent Karsten Wulff erzählt von einem verrückten Traum.

Ob der größte **Wunsch** der Mitarbeiter im stillgelegten **Kernkraftwerk Krümmel** in diesem Jahr doch noch in Erfüllung gehen wird? Die Zeit wird knapp. Karsten Wulff, Referent für regionale Kommunikation bei Betreiber Vattenfall, befürchtet bereits, zum **Rückbau** der Anlage.

Anfang des Jahres sah das noch anders aus. Die Landesregierung rechne derzeit mit einer Genehmigung in der zweiten Jahreshälfte 2023, hieß es im Januar auf eine kleine Anfrage des FDP-Abgeordneten Christopher Vogt im Kieler Landtag. Das Jahr geht nun bald in sein letztes Quartal, und Karsten Wulff bezweifelt, dass die Genehmigung noch in diesem Jahr in seinem Postfach landet.

Ein Bauchgefühl sagt: Genehmigung kommt nicht mehr in diesem Jahr

Zugeflüstert habe ihm es das niemand, auch die Gerüchteküche habe nicht gebrodelt, beteuert er. „Es ist eher ein Bauchgefühl“, sagte Karsten Wulff am Sonntag, als er Besucher im Rahmen der Tage der Industriekultur am Wasser über die Anlage führte.

Karsten Wulff spricht aus Erfahrung. Jahr ums Jahr ging seit der Beantragung 2015 ins Land. Vattenfall hat 2017 nachgelegt, seinen Antrag 2017 mit weiteren Unterlagen präzisiert. Das der atomrechtlichen Genehmigungsbehörde seit Juli 2022 vorliegt.

So lange hat der Prüfvorgang bisher bei keinem anderen AKW in Deutschland gedauert. Vattenfall kostet das Geld. Die jährlichen Betriebskosten liegen im mittleren zweistelligen Millionenbereich.

Vor 40 Jahren begann der Testbetrieb im AKW Krümmel

Normalerweise hätte es im September Grund zum Feiern gegeben. Vor 40 Jahren ging das AKW Krümmel zum ersten Mal erfolgreich in Betrieb. Zunächst war es ein Probelauf.

Nachdem alles funktionierte, fand die Übergabe an die HEW dann ein halbes Jahr später im März statt,

erst da begann die eher kurze Geschichte der Stromproduktion für Haushalte und Industrie. Denn nach einem Brand im Trafohaus am 28. Juni 2007 stand der ehemals größte Siedewasserreaktor der Welt überwiegend still. 2011 wurde in Deutschland dann unter dem Eindruck der Atom-Katastrophe von Fukushima der Ausstieg aus der Kernenergie beschlossen.

Statt Jubiläumsparty ist nun also „Dornröschenschlaf“ angesagt, wie Karsten Wulff befand. Der durch die Besucher nun ein kurzes Intermezzo fand. Nach einem Vortrag im Informationszentrum ging es zu einem Spaziergang über die Anlage.

Karsten Wulff erzählte auch Anekdoten zum Schmunzeln und Staunen

Karsten Wulff schlug, oft angereichert mit Anekdoten zum Staunen und Schmunzeln, einen thematischen Bogen von der Entstehungszeit des AKW über den technischen Betrieb bis zur Zeit nach dem Rückbau.

Als parallel in den 1960er Jahren auch in Brunstorf ein AKW geplant wurde, sei der Geesthachter Standort kurzfristig in Gefahr geraten, berichtete er. „Können Sie sich vorstellen, was da hier los war?“, fragte Karsten Wulff seine Besucher.

Als der Standort gefährdet schien, gab es Proteste für den Bau des AKW

Die staunten über die Antwort. „Es gab Proteste, weil befürchtet wurde, dass das AKW hier nicht mehr gebaut werden sollte“. Der Schub des Glaubens an ein goldenes Atomzeitalter aus den 1950er-Jahren sei damals noch vorhanden gewesen. Man stelle sich vor, Proteste zugunsten eines AKWs. Wie sich die Zeiten später dann doch geändert haben.

Lacher erntete die Anekdote, dass die im Schriftverkehr verwendete Abkürzung KKK (Kernkraftwerk Krümmel) in den USA zunächst für starkes Befremden sorgte. Die drei K stehen dort für den Ku-Klux-Klan, einen rassistischen, gewalttätigen weißen Geheimbund.

Aus 1000 Räumen werden die Wände abgemeißelt

Für den Rückbau rechnet Karsten Wulff mit 1,1 Milliarden Euro Kosten. Mindestens. Der Bau hatte 5,3 Milliarden DM gekostet. Sobald eine Genehmigung vorliegt, wird so schnell wie möglich begonnen. Die Arbeiten beginnen zentral mit dem Abbau des Reaktordruckbehälters und enden an den Außenwänden.

Gefolgt von einem konventionellen Abbau von fünf Jahren. So müssen zum Schluss, wenn das technische Gerät aus dem Weg ist, auch aus 1000 Räumen Strukturen von Wänden, Fußboden und Decken gemeißelt werden. Die Oberfläche wird Stück für Stück abgetragen. Der Beton des Gebäudes soll geschreddert und wieder verbaut werden können.

Täglich sollen bis zu 15 Lastwagen die Anlage verlassen

Karsten Wulff rechnet mit einem Aufkommen von 540.000 Tonnen Müll. „Es ist geplant, den Abtransport mit Lastwagen zu machen“, erklärt er. „Wir rechnen mit zehn bis 15 Lkw am Tag, die die Anlage verlassen. Die Anwohner müssen sich keine Sorgen wegen einer starken Verkehrsbelastung machen“, beschwichtigt Karsten Wulff.

Angesichts des Verkehrs, der bereits jetzt die Elbufer-

straße täglich entlangfähre, falle der zusätzliche Faktor nicht besonders ins Gewicht, findet er.

Kasseler Studenten erarbeiteten als Semesterarbeit ein Nachnutzungskonzept

Es gibt bereits einige Ideen für die Nachnutzung. Die Stadt favorisiere den Bestand als Industriefläche, erzählt Karsten Wulff. Auch die Universität Kassel ist aufmerksam geworden. Studenten der Stadtplanung hätten als Arbeit für ihre Fakultät ein Nachnutzungskonzept erarbeitet.

Und Geesthachts Bürgermeister Olaf Schulze sprach im Juni auf einer Online-Konferenz bei der Internationalen Atomenergie-Organisation IAEA zum Thema der Nachnutzung, Karsten Wulff übersetzte ins Englische.

Denkmalschützer befanden das AKW als „Kathedrale der Industriekultur“

Ob der Atomenergie aber ein Wasserstoff-Projekt auf dem Gelände folge, darüber halte sich Vattenfall zurzeit bedeckt, berichtet Karsten Wulff. „Denn wer weiß, ob Wasserstoff auch in 20 bis 30 Jahren noch ein großes Thema sein wird?“ Bei einer Konferenz kürzlich hätten auch Denkmalschütze interessiert den Finger gehoben. „Sie bezeichneten das AKW als Kathedrale der Industriekultur“.